

Damit die Heilung der Erinnerungen den Egoismus nicht neu entzündet, darf der andere keinesfalls so an den Ort seiner Niederlage geführt werden, daß dabei der eigene Sieg gefeiert wird, wie z. B. bei den Erinnerungsmärschen in Nordirland. Die mit dem Unterlegen-Sein verbundene Beschämung wird für den Unterlegenen bzw. Schwächeren nur erträglich, wenn sich der Stärkere – übrigens auch bei Hilfsprogrammen – seiner Stärke begibt, Verletzungen als seine Tat erkennt, Schuld daran anerkennt und wenn beide sich vom Evangelium sagen lassen, daß mit der Vergangenheit noch nicht das letzte Wort über ihr Verhältnis zueinander gesprochen ist. Für konfessionelle wie ethnische Gemeinschaften, aber auch für einzelne gilt es, die gemeinsame Hoffnung auf eine geheilte Zukunft in Symbolen sichtbar zu machen.

Die genannten Einsichten wurden auch auf die Dialoge der Kirchen und die Kirche als Institution bezogen. Diese Dialoge haben sich nicht selten in einer Binnensprache verselbständigt. Es zeigte sich, daß gemeinsam artikulierte Theorie nicht einfach zur Gemeinschaft der Kirchen weiterführt. Das geschieht erst, wenn diese Dialoge in Begegnungen übergehen, in denen die erreichte begriffliche Verständigung integriert wird in nach vorne geöffneten Austausch, aus dem Einfühlung in den anderen entstehen kann, und wenn Freundschaft die Identitätssicherung gegen den anderen überflüssig macht.

Hans Vorster

40 Jahre Ökumenische Kommission für die Unterstützung orthodoxer Priester

Eine Geschichte der Ökumenischen Kommission für die Unterstützung orthodoxer Priester in der Bundesrepublik Deutschland ist bisher noch nicht geschrieben worden. Für Kirchengeschichtler ist das ein lohnendes Thema. Anlässlich des 40jährigen Jubiläums kann ich dazu nur einige Anmerkungen machen.

Denkbar sind unterschiedliche Perspektiven zur Geschichte der Ökumenischen Kommission. Was hat diese 40jährige Arbeit den orthodoxen Christen in Deutschland gebracht? Hat sie die Arbeit orthodoxer Gemeinden eher gestärkt oder vielleicht gelähmt? Welchen Stellenwert hatte diese Kommission für die orthodoxen Priester – in den Anfangsjahren wurden etwa 80 Priester gefördert, und nun sind es noch etwa 30 der insgesamt 200 orthodoxen Geistlichen in Deutschland. Wie haben die orthodoxen Bischöfe diese Kommission gesehen, die lange Zeit als Anstellungsträger für orthodoxe Priester fungierte und manchmal mehr Gewicht hatte als die zuständigen Bischöfe. Möglich ist auch eine theologische Perspektive, denn es dürfte historisch ziemlich einmalig sein, daß kanonische und nicht-kanonische orthodoxe Kirchen in einem Gremium zusammenarbeiten.

Die Geschichte der Ökumenischen Kommission könnte aus der Sicht des Ökumenischen Rates der Kirchen dargestellt werden, der die Initiative ergriff und lange Zeit auch den Vorsitzenden stellte. Aus dieser Perspektive ist es bedeutsam, daß hier eine modellartige Kooperation von orthodoxen Kirchen, EKD und staatlichen Stellen aufgebaut wurde, die seit über 40 Jahren funktioniert.

Aus der Sicht der EKD wäre auf die eindrucksvolle finanzielle Unterstützung hinzuweisen. Gefördert werden sollte die Eigenständigkeit orthodoxer Kirchen, die bei manchen der unterstützten Kirchen bis heute nicht erreicht wurde. Wäre es also besser gewesen, weniger Hilfestellungen zu geben? Diesen Weg ist die katholische Kirche gegangen, die Unterstützungen überwiegend den Bischöfen vor Ort überließ und die Arbeit der Ökumenischen Kommission eher aus einer gewissen Distanz betrachtete.

Bei der Bundesregierung wurde die Unterstützung orthodoxer Priester in den Zusammenhang der Kriegsfolgen gestellt – tatsächlich gehen aber Bund und Länder inzwischen davon aus, daß es sich um Hilfen zur Integration von orthodoxen Christen handelt, die auf Dauer hier bleiben. Die Zahl der Orthodoxen hat im Laufe dieser Zeit in Deutschland zugenommen und liegt gegenwärtig bei über 800.000 Personen.

Aus der Sicht der Rechnungsprüfer müßte dargestellt werden, wie oft nicht nur ein Auge zugeedrückt wurde. Sicherlich wurden alle Rechnungen ordnungsgemäß überprüft und die Arbeit der Ökumenischen Kommission ausdrücklich gelobt, die seit ihrem Bestehen den orthodoxen Kirchen über 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat. Aber zur Buchführung und Abrechnung mancher orthodoxer Kirchen haben sich ordentlichen Rechnungsprüfern immer wieder die Haare gestraußt. Da gab es manche Klippen, die nur mühselig zu umschiffen waren – wenn z. B. ein Priester mitsamt der ganzen Gemeindegasse in sein Heimatland zurückkehrte.

Und dann ist noch die Perspektive des Sekretariats: Sie ist geprägt von Arbeit über Arbeit und seit einigen Jahren durch ein zunehmendes Stöhnen über die wachsende Administration.

Aus welcher dieser Perspektiven soll die Arbeit der Ökumenischen Kommission behandelt werden? Mir ist eine weitere Perspektive eingefallen, die für die kirchliche Arbeit vielleicht am ehesten angemessen ist. Das ist die Perspektive der Zukunft. Christus und die Propheten haben uns dazu aufgefordert, den Blick nach vorn zu wenden. Das entspricht dem Weg zur Einen Kirche. Aus dieser eschatologischen Sicht möchte ich nun einige Anmerkungen zur Geschichte der Ökumenischen Kommission machen.

1. Die Vielfalt der Traditionen

Die Anfänge der Ökumenischen Kommission gehen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als Millionen Menschen aus dem Osten in die spätere Bundesrepublik Deutschland geflüchtet sind. Darunter waren orthodoxe Christen, die an der Seite der Deutschen kämpften oder mit ihnen kollaborierten und die nun Angst vor Vergeltung hatten oder auch einfach nicht in kommunistischen Ländern leben wollten. Dazu gehörten orthodoxe Christen aus Rumänien, Rußland, Serbien oder der Ukraine. Sie kamen oft zusammen mit den orthodoxen Fremdarbeitern in erbärmlichen Flüchtlingslagern unter und waren auf die Hilfe der Deutschen angewiesen. Mit ihnen kamen orthodoxe Priester, für die es so gut wie keine Infrastruktur in Form von Kirchen oder Gemeinderäumen oder Wohnungen gab.

In der weitgehend zerstörten Bundesrepublik Deutschland erfolgte dann in erstaunlich kurzer Zeit ein eindrucksvoller Aufbau. Bereits 1955 gab es in der Landwirtschaft einen Mangel an Arbeitnehmern. Es begann die Anwerbung von ausländischen

dischen Arbeitnehmern aus Italien und bald danach auch aus Griechenland oder dem früheren Jugoslawien. Seit Anfang der achtziger Jahre kamen größere Zahlen von Asylsuchenden nach Deutschland, darunter altorientalische Christen bis aus Äthiopien. Seit dem Zusammenbruch sozialistischer Staaten wanderten tausende orthodoxer Christen aus osteuropäischen Ländern ein. Seit einigen Jahren gibt es eine Zuwanderung durch die wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten. Eine große Zahl dieser orthodoxen Christen aus den unterschiedlichsten Ländern wird für immer in Deutschland bleiben. Trotz vielfältiger Traditionen sind sie im Glauben und in der Eucharistie verbunden. Sie sind zu einem festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden und haben hier ein lebendiges Gemeindeleben.

So unterschiedlich die Herkunftsländer, die Erfahrungen und Traditionen auch sein mögen: In der Arbeit des Kuratoriums der Ökumenischen Kommission haben wir erlebt, daß es bei den orthodoxen Kirchen eine große Bereitschaft zur Solidarität untereinander gibt. Das wurde dann besonders deutlich, wenn es darum ging, daß lange hier anwesende Kirchen auf finanzielle Zuschüsse verzichten mußten, um neu entstehenden Gemeinden und Kirchen beim Aufbau zu helfen.

2. Ökumenische Kooperation

Dem Ökumenischen Rat der Kirchen war es von Anfang an wichtig, die Kirchen vor Ort beim Aufbau orthodoxer Gemeinden und Diözesen einzubinden. In den ersten Jahren wurde der Vorsitzende der Ökumenischen Kommission vom Ökumenischen Rat der Kirchen eingesetzt. Oberkirchenrat Gundert von der EKD war dann seit 1957 der stellvertretende Vorsitzende. Nachdem die Ökumenische Kommission im Jahre 1965 Körperschaft des Öffentlichen Rechts wurde, übernahm Oberkirchenrat Gundert durch Berufung der EKD den Vorsitz, den er bis zum Jahre 1976 innehatte. Ihm folgten Oberkirchenrat Dr. Krüger von 1977 bis 1979 und ich in den Jahren 1980 bis 1994. Ab 1995 wurde dann die Satzung dahingehend geändert, daß der Griechisch-Orthodoxe Metropolit von Deutschland als Exarch des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel den Vorsitz übernahm. Es war der richtige Weg, daß nun der Griechisch-Orthodoxe Metropolit Augoustinos Vorsitzender wurde. Die orthodoxen Kirchen haben dadurch mehr Eigenständigkeit und entscheiden selbst über anstehende Fragen der Ökumenischen Kommission.

Wichtig ist weiterhin, daß Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche als Mitglieder bzw. Berater an den Sitzungen teilnehmen, um ihre Erfahrungen mit einbringen zu können. Das wird von den orthodoxen Kirchen ausdrücklich gewünscht. Daher bedauere ich es, daß die EKD im Jahre 1993 entschieden hat, in einigen Jahren aus der Ökumenischen Kommission auszuschneiden. Das ist ein Rückschritt, der wohl vor allem aus finanziellen Gründen erfolgte. In der Ökumenischen Kommission geht es aber auch um die Partnerschaft zwischen Kirchen und daher sollte diese Entscheidung von der EKD nochmals überdacht werden.

Orthodoxe Kirchen in Deutschland bemühen sich um ein ökumenisches Verständnis ihrer Situation. Das ist eine Chance auf dem Weg zur Einen Kirche. Die evangelische und katholische Kirche sollten die Arbeit der Ökumenischen Kommission dabei als Mitglieder fördern. Immerhin war Dr. Rauch als katholischer Ökumenebeauftragter für die orthodoxen Kirchen in den Jahren 1972 bis 1974, 1976 und seit 1980 als Berater an der Arbeit der Ökumenischen Kommission beteiligt.

Gerade wenn es mit Vertretern der evangelischen und katholischen Kirchen manchmal zum Streit und zu Auseinandersetzungen gekommen ist, so sind solche Konflikte und ihre Bearbeitung von großer Bedeutung für die Kirchen. Werden solche Konflikte nicht mehr offen und kontrovers erörtert, verlieren Kirchen ihre Dynamik.

Der Apostel Paulus weist uns im 12. Kapitel des Römerbriefes darauf hin, daß wir „in Christus ein Leib sind, aber als einzelne sind wir füreinander Glieder und haben verschiedene Gaben je nach der Gnade, die uns gegeben ist“ (Röm 12,5f). Mit dieser Orientierung können wir aus Konflikten lernen und vorhandene Ängste überwinden.

3. Dialog mit dem Staat

Es ist beachtlich, daß sich von Anfang an die Verantwortlichen des Staates an der Arbeit beteiligt haben. Seit 1. April 1956 nahm ein Vertreter des damaligen Bundesministeriums für Vertriebene als Gast an den Sitzungen des Kuratoriums teil. Später ging diese Aufgabe an das Bundesministerium des Innern über. Aus meiner Erfahrung möchte ich betonen, daß die verschiedenen Vertreter des Bundesinnenministeriums in besonderer Weise kooperationsbereit und verständnisvoll waren und sich auch angesichts der gegenwärtigen Kürzungen engagiert für die orthodoxen Kirchen und ihre Gemeinden eingesetzt haben. Für die Vertreter aus Bund und Ländern mag es neben der Kriegsfolgenbeseitigung vor allem um eine Integration der hier lebenden orthodoxen Menschen gegangen sein. Sie waren aber an konkreten Fragen der Gemeinden interessiert und haben sich immer dafür eingesetzt, die Kooperation der verschiedenen orthodoxen Kirchen zu fördern. Institutionen von Bund und Ländern waren nie Mitglied des Kuratoriums, wohl wurden jedoch einige Ländervertreter als Personen in das Kuratorium gewählt. Das war Ausdruck der institutionellen Trennung von Kirche und Staat.

Für die orthodoxen Kirchen bot die Anwesenheit von Vertretern aus Bund und Ländern die Möglichkeit, staatliche Entwicklungen aus erster Hand interpretiert zu bekommen und auf informellem Wege relevante Fragen erörtern zu können. Für die orthodoxen Kirchen wie für die staatlichen Vertreter war diese Zusammenarbeit im Kuratorium nützlich und sollte fortgesetzt werden.

4. Auf dem Weg zur Eigenständigkeit

Von Beginn an wurde davon gesprochen, daß die Ökumenische Kommission eine „Starthilfe zur Selbsthilfe“ sei. Daran wurde immer wieder erinnert. In einigen Kirchen hat sich daran allerdings seit 40 Jahren so gut wie nichts geändert.

Immer wieder wurde die Frage erörtert, ob von den orthodoxen Kirchen eine Kirchensteuer eingezogen werden könnte. Vor allem in den Jahren 1959/1960 wurde darüber ausführlich diskutiert. Die orthodoxen Kirchen waren damals mit der Erhebung von Kirchensteuer einverstanden, wenn dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden können. Entsprechende Anfragen haben damals allerdings ergeben, daß der „Kirchensteuereinzug aus rechtlichen und technischen Gründen nicht möglich“ und „von den meisten Ländern abgelehnt“ werde. Inzwischen ist davon auszugehen, daß weder rechtliche noch technische Gründe einem Kirchen-

steuereinzug der orthodoxen Kirchen entgegenstehen. Allerdings haben sich die größeren orthodoxen Kirchen nach langen und intensiven Diskussionen darauf verständigt, auf einen Kirchensteuereinzug zu verzichten, da dies in ihren Kirchen keine Tradition hat und große Konflikte in den Gemeinden auslösen könnte.

Mit dieser Entscheidung hängt es auch zusammen, daß die Finanzprobleme orthodoxer Kirchen noch nicht ausreichend gelöst sind. Zwar ist ein beachtliches Engagement zu beobachten, wenn es um den Bau eigener Kirchen geht. Viel schwieriger ist aber die Sicherung der sowieso nur geringen Gehaltszahlungen für orthodoxe Priester. Hier ist der Aufbau neuer Strukturen erforderlich. Für manche Kirchengemeinden lassen sich kaum Lösungen finden, da die Gemeindeglieder arm und alt sind und da einige Kirchen überwiegend aus Flüchtlingen bestehen, die von Sozialhilfe leben.

5. Orthodoxie und Verwaltung

Als Protestant tue ich mich schwer damit, die starke Dominanz von Priestern in der Verwaltung zu verstehen. Der Beitrag orthodoxer Priester oder evangelischer Pfarrer sollte vor allem darin bestehen, nach geistlichen Dingen zu trachten. Aber manche wenden sich besonders gern den irdischen Aufgaben zu und scheinen sich darin zu gefallen, darüber dann auch noch zu stöhnen.

Die tiefsten Seufzer dürften freilich von denen gekommen sein, die sich mit der Geschäftsführung der Ökumenischen Kommission zu befassen hatten. Von 1962 bis 1980 war das Alex Proc. Für ihn war die Unterstützung orthodoxer Priester eine Lebensaufgabe, und von manchen Priestern ist er wie der eigentliche Bischof gesehen worden. Eva von Szlatinay war zuerst stellvertretende Geschäftsführerin und seit 1981 Geschäftsführerin. 1984 ging sie in den Ruhestand und hat danach in Teilzeitarbeit diese Aufgabe fortgeführt.

Daß Priester nicht zu Verwaltern ausgebildet wurden, das haben Herr Proc und Frau von Szlatinay immer wieder bedauert. Der Apostel Paulus hat die verschiedenen Gaben von Menschen dargestellt. Wenn es damals schon Pfarrer und Priester gegeben hätte, dann wäre ihm sicher die Ermahnung wichtig gewesen, daß auch sie nicht alles können. Von Anfang an gab es daher wegen der Verwaltung immer wieder Schwierigkeiten, die auf unterschiedlichstem Wege gelöst werden sollten. So wurde eine Verwaltungspauschale eingeführt, damit Fachleute die Buchführung übernehmen können – manche Kirchen haben dann damit wiederum Priester beauftragt, die dadurch angesichts ihres kärglichen Gehaltes noch einen kleinen Nebenverdienst hatten.

Ohne den guten Willen in der Geschäftsführung, bei den Ministerialbeamten und in den Rechnungsämtern gäbe es wohl heute kaum mehr eine Ökumenische Kommission. Da aber alle wußten, in welcher sozialen Not viele orthodoxe Priester bis heute in Deutschland leben, wurden gemeinsame Wege gefunden. Ich hoffe, daß dies auch für die kommenden Jahre gilt, zumal gegenwärtig durch staatliche Auflagen die Administration besonders beschwerlich geworden ist.

6. Perspektiven der Ökumenischen Kommission

Seit 1965 ist die Ökumenische Kommission eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat damit einen Status, der nicht aufgegeben werden sollte. Die Körper-

schaft ist ein hohes Rechtsgut, das heute wohl kaum mehr erreicht werden würde. Eine Körperschaft hat eine dem Staat gegenüber hervorgehobene Position, die von den finanziellen Mitteln unabhängig ist. Hier besteht ein organisatorischer Rahmen, der weiterentwickelt werden kann. Das dürfte im Interesse orthodoxer Kirchen sein, wie auch der evangelischen und katholischen Kirche sowie des Staates.

Die orthodoxen Kirchen sind zu einem Bestandteil unseres Landes geworden. Deswegen sollte uns daran gelegen sein, daß sich auf Dauer eine deutsche Orthodoxie entwickelt, die nicht nur in der täglichen Kommunikation, sondern auch in der Liturgie der deutschen Sprache mehr Raum gibt. Viel spricht dafür, den Namen der Ökumenischen Kommission dahingehend zu ändern, daß auf den Begriff der Unterstützung verzichtet wird. Künftig könnte besser von einer „Ökumenischen Kommission für die orthodoxen Kirchen“ gesprochen werden.

Abschließend will ich einige perspektivische Anregungen formulieren, die sich nach der bisherigen Zusammenarbeit in der Ökumenischen Kommission aus meiner Sicht ergeben:

(1) Gegenwärtig gibt es in Deutschland 16 orthodoxe Bischöfe. Es ist nun an der Zeit, eine *orthodoxe deutsche Bischofskonferenz* aufzubauen. Die Oberhäupter der meisten orthodoxen Kirchen nehmen bereits an den Sitzungen des Kuratoriums der Ökumenischen Kommission teil. In den kommenden Jahren ist hier eine schwierige Integrationsleistung erforderlich, um das Profil einer deutschen Orthodoxie zu entwickeln und die Kooperation orthodoxer Kirchen zu fördern.

(2) Wünschenswert ist für mich so etwas wie eine *orthodoxe Jahrestagung* oder ein orthodoxer Kirchentag, bei dem Gemeindevertreter zusammenkommen und insbesondere die junge Generation daran beteiligt wird, der deutschen Orthodoxie Gestalt zu geben.

(3) In allen orthodoxen Kirchengemeinden gibt es Ansätze zur *Sozialarbeit*. Gerade angesichts der vielen schwierigen sozialen Herausforderungen von Ausländern und Flüchtlingen ist eine gemeinsame orthodoxe Sozialarbeit aufzubauen. Dabei sollte eine enge Kooperation mit dem Diakonischen Werk und der Caritas gesucht werden.

(4) Erfreulich sind die Bemühungen um die Ausbildung orthodoxer Theologen, die in Zusammenarbeit mit der Universität München stattfinden. Hier stehen viele Aufgaben bevor, um entsprechende *Lehrangebote* an Universitäten, Hochschulen und Schulen einzurichten.

(5) Bereits 1966 wurde von der Ökumenischen Kommission eine Informationsbroschüre über die orthodoxen Kirchen herausgegeben. Die Stimme der Orthodoxie ist in der Medienlandschaft allerdings kaum zu vernehmen. Da wir in einer medial geprägten Gesellschaft leben, ist eine *orthodoxe Medienarbeit* aufzubauen. Auch das ist eher gemeinsam als getrennt zu erreichen.

(6) In der Ökumenischen Kommission werden vor allem Finanzen verwaltet. Sie sind das Rückgrat einer funktionierenden kirchlichen Arbeit. Dieses Instrumentarium der Ökumenischen Kommission kann weiterentwickelt werden. Das für die Körperschaft des öffentlichen Rechts zuständige bayerische Kultusministerium hat solche Ansätze schon bisher unterstützt.

Die orthodoxen Kirchen brauchen eine professionelle und kompetente *Finanzverwaltung*. Gleichzeitig ist eine Datenverarbeitung aufzubauen, mit der Mitgliedsbeiträge eingeworben und Mailings durchgeführt werden können, um die Spendenfreu-

digkeit orthodoxer Christen zu erhöhen. Gleichzeitig könnte dadurch die Informationsarbeit über die orthodoxen Kirchen verbessert werden. Eine solche Finanzverwaltung könnte sich auch verstärkt um Mittel der Europäischen Union, des Bundes und der Länder bemühen, die sicher bereit wären, manche Projekte z.B. in der Lehre, in der Sozialarbeit oder Medienarbeit zu unterstützen. Allein sind die einzelnen orthodoxen Kirchen für solch eine Verwaltung zu schwach, gemeinsam haben sie Gewicht.

Die Ökumenische Kommission könnte auf diesem Weg ein wichtiges Instrument zur Vereinigung in der Einen Kirche werden.

Jürgen Micksch

Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland

Erklärung

1. Wir danken der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder für die Veröffentlichung der Deklaration „Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen“ und für den Anstoß, den sie ungeachtet mancher Widerstände in der tschechischen Gesellschaft durch diesen mutigen Schritt zur Diskussion lang tabuisierter und verfälschter Themen innerhalb der Kirche, aber auch der tschechischen Öffentlichkeit überhaupt gegeben hat. Wir erkennen in dieser Stellungnahme einen Aufruf zur Versöhnung aus dem Geiste des Evangeliums und würdigen sie als unübersehbares Zeichen zu einem Neubeginn in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Im Bewußtsein unserer Schuld ergreifen wir bewegt und beschämt die uns entgegengestreckte Hand der Versöhnung und bitten unsererseits um Vergebung.

2. Wir unterstützen die von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf Borkum verabschiedete Antwort auf die „Deklaration“ und schließen uns ihr an.

3. Gleichzeitig danken wir unseren Partnerkirchen in Tschechien und der heutigen Slowakei, daß sie trotz der belastenden Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte schon bald nach dem Ende des Krieges die geschwisterliche Zusammenarbeit mit uns in manchen bilateralen Begegnungen und vor allem im europäischen Verbund unserer Denomination wieder aufgenommen haben. Das in diesen Erfahrungen gewonnene Vertrauen verpflichtet uns heute um so mehr, die Beziehungen zwischen unseren Völkern durch die Bereitschaft zur Versöhnung zu stärken und voranzutreiben.

4. Wir wenden uns an die Bundesregierung mit der Bitte, die schon lange angekündigte und längst überfällige gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung unverzüglich zu verabschieden. Mit großer Sorge sehen wir, daß das wiederholte Hinausschieben der gemeinsamen Erklärung von nationalistischen Kräften in beiden Ländern für ihre Zwecke mißbraucht worden ist und die Verhandlungen bereits erschwert hat. Daher fürchten wir, daß ein weiteres Zögern schließlich zum Abbruch der Gespräche ohne ein greifbares Ergebnis führen könnte, wie es ja auch schon von hochrangigen deutschen Politikern wiederholt gefordert worden ist. Ein solcher